

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Postämter und die Auswärtigen die Postanstalten entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 10 Pfennig. — Preis pro Quartal 30 Pfennig. — Preis pro Jahr 100 Pfennig. — Preis pro Ausland 120 Pfennig.

Verlagspreis: Die Abbestellung des Anzeigers für 1927 kostet 100 Pfennig, wozu 10 Pfennig für den Postversand kommen. — Preis pro Stück 10 Pfennig, wozu 10 Pfennig für den Postversand kommen. — Preis pro Quartal 30 Pfennig, wozu 10 Pfennig für den Postversand kommen. — Preis pro Jahr 100 Pfennig, wozu 10 Pfennig für den Postversand kommen.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 250

Dienstag, den 25. Oktober 1927

22. Jahrgang

Großdeutscher Einheitsstaat.

Die Wahlparole der Demokraten.

Berlin, 24. Okt. Auf der zweiten Plenartagung des Preuentages der Demokraten hielt der preussische Handelsminister Dr. Schreiber eine Rede über die politische und wirtschaftliche Lage. Der Minister betonte, man müsse, da man leider nur von einer Inlandskonjunktur sprechen könne, mit aller Kraft eine Besserung der Außenhandelsbilanz erstreben. Der Minister wandte sich dann der Außenpolitik zu und unterstrich, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund Deutschlands Stellung in der Welt zweifellos gehoben habe. Freilich sei es nicht gelungen, was alle Deutschen mit heißem Herzen ersehnen: die Befreiung der Rheinlande.

Der preussische Finanzminister Dr. Hoepfer sprach über finanzpolitische Aussichten. Die preussischen Finanzen seien, erklärte er, so gesund, daß Preußen in diesem Jahre ohne Ausgaben für die Besoldungserhöhung der Beamten, die eine unbedingte

Notwendigkeit sei, einen Uberschuß erzielt hätte. Allerdings sei an eine Herabsetzung der Steuern in Preußen nicht zu denken. In den letzten Jahren habe Preußen überaus sparsam gewirtschaftet. Im Interesse weiterer Ersparnisse trat der Minister für eine weitgehende Vereinheitlichung der Verwaltung zwischen Reich und Ländern ein. Das Endziel müsse eine vernünftige Vereinheitlichung Norddeutschlands sein, wobei die kleinen Staatsgebilde in Preußen aufgehen müßten. Die Verwaltung wäre dann in die Hände des Reiches zu legen, womit der entscheidende Schritt zum Einheitsstaat getan wäre. Die Tagung schloß mit der Annahme einer Entschließung, in der sich die Demokratische Partei zum System des Großdeutschen Einheitsreiches bekannt und ihre Anhänger auffordert, in diesem Reich den Wahlkampf im nächsten Jahre zu führen.

Stresemannreden.

Förderung aller Schularten. — Philosophie der Arbeitsfreude.

Glegny, 22. Okt. Anlässlich einer Wahlkreisagung der schlesischen Wahlkreiserbände der Deutschen Volkspartei sprach Reichsminister des Inneren Dr. Stresemann heute abend hier über die politische Lage. Er wies einleitend darauf hin, daß er nicht in erster Linie die außenpolitische Lage, sondern die gegenwärtige allgemeine Situation zum Mittelpunkt seiner Ausführungen machen wolle. In ausführlicher Darstellung der wirtschaftlichen Lage betonte der Reichsminister, daß wir vom Standpunkt der gegenwärtigen Lage ohne Zweifel positive Ergebnisse buchen können: Rückgang der Arbeitslosigkeit und Zunahme der inneren Kaufkraft. Das dürfe aber keineswegs dazu führen, die wirtschaftliche Gesamtlage als gesichert anzusehen. Hand in Hand mit der Besoldungsvorlage muß eine weitgehende Verwaltungsreform gehen. Die Deutsche Volkspartei wünscht die freie Entwicklung aller Schularten sicherzustellen. Aber sie wird nicht die Hand dazu bieten, durch Fortfall der finanziellen Verantwortlichkeit einen Anreiz zur Bildung neuer Schulen zu geben, sondern ist der Meinung, daß die Umbildung der Schulen nur dann zu erfolgen hat, wenn sie unter voller finanzieller Verantwortlichkeit der beteiligten Länder und Gemeinden erfolgt. Im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Fragen betonte Dr. Stresemann die Fortführung der Handelsvertragspolitik.

Industrie so vielfach beklage, daß aber in dem Verhältnis zwischen Industrie und Reichsregierung von der Industrie auch auf die Schwierigkeiten Rücksicht genommen werden solle, unter denen heute die Politik geführt werde. Es sei eine vollkommen richtige Auffassung, daß die Welt die Verhältnisse bereits überwunden habe die sich aus Krieg und Nachkriegszeit ergeben haben. Die Philosophie der Arbeitsfreude sei notwendig, um das auf engem Raum an Zahl größere Volk zu ernähren und vorwärts zu bringen. Um so erfreulicher sei es, daß Dr. Böglers heute Berichte bekanntgegeben habe von sozialistisch-gewerkschaftlichen Arbeitern, die in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit ebenfalls dieser Idee, daß die Arbeit von ihnen nicht als Last, sondern als Lebensinhalt empfunden wird, Ausdruck gegeben haben. Es sei ein theoretischer Streit, ob die Wirtschaft erst die Politik oder die Politik die Wirtschaft beeinflusse. Jedenfalls seien beide aufeinander angewiesen. Drei Kraftquellen ständen der Außenpolitik jedes Landes zur Verfügung, einmal die materielle Macht einer Armee, weiter die ideale Einheitsfront eines Volkes und drittens die wirtschaftlichen Beziehungen der Völker zueinander, das Interesse der anderen an der steigenden Kaufkraft eines 60-Millionen-Volkes. Die materielle Kraft der Armee besitz Deutschland nicht mehr. Die Einheitsfront nach außen habe sich zwar bei großen nationalen Gelegenheiten, wie bei den Volksabstimmungen, in anerkannter Weise gezeigt, trete aber sonst gegenüber dem individualistischen Trieb des deutschen Volkes in der Politik oft zurück. So bleibe für die Großmachstellung des deutschen Volkes vor allem seine Stellung in den wirtschaftlichen Beziehungen anderer Länder. Was hier angeht die verlorenen Rohstoffquellen unter erschwerten Bedingungen geleistet worden sei, zeige den unbeugsamen Lebenswillen des deutschen Volkes. Dem Zusammenwirken von Reich und Wirtschaft galt der Trinkpruch des Ministers.

Berlin, 23. Okt. Im Rahmen seiner Berliner Tagung gab der Verein deutscher Eisenhüttenleute heute nachmittag im Marmorssaal des Zoo ein Essen, bei dem außer den Teilnehmern der Tagung zahlreiche führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens anwesend waren. Man sah u. a. den Reichsminister des Inneren, Dr. Stresemann, Reichswehrminister Dr. Gessler, den Chef der Marineleitung, Admiral Jentz, zahlreiche Abgeordnete der Parlamente, Vertreter der Wissenschaft und befreundeter Wirtschaftskreise.

Reichsminister Dr. Stresemann betonte in einer Rede, daß er die Hemmungen verstehe, die die

Stillegung einer Schachtanlage der Vereinigten Stahlwerke A.-G.

Düsseldorf, 24. Okt. Die Vereinigten Stahlwerke A.-G. haben sich entschlossen, ihre Schachtanlage Friedrichshafen 1-8 in Hamborn als Förderanlage stillzulegen und sie nur als Seilfahrt und Wetterwindloch zu benutzen. Der größte Teil der Belegschaft wird nach den näheren Schachtanlagen der Gruppe Hamborn verlegt werden, während ein kleiner Teil zur Entlastung kommen muß.

Die Liberale Vereinigung gegen das Schulgesetz.

Die Liberale Vereinigung, der Volksparteier und Demokraten angehören, veranstaltete am Sonntag abend eine Kundgebung gegen den Reichsschulgesetzentwurf. Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der u. a. der Gesetzentwurf als im Widerspruch zur Reichsverfassung stehend bezeichnet wird.

Der Reichskanzler über seine Eindrücke in der Pfalz.

Berlin, 24. Okt. Der Reichskanzler hat dem Berliner Vertreter des „Rheinpfälzer“ in Landau eine Unterredung gewährt, in der er folgendes ausführte: Bei meiner Informationsreise durch das besetzte Gebiet ist mir von allen Bevölkerungskreisen eine Ueberfülle von Wünschen, Beschwerden und Anregungen entgegengebracht worden. Es wird mir als Minister für die besetzten Gebiete besondere Pflicht sein, sie alle zu sichten und zu prüfen und da, wo es möglich ist, helfend einzugreifen. Die Fürsorge für dieses bedrängte und bedrohte Gebiet darf nicht erlassen, obwohl auch hier der Bereitwilligkeit Grenzen gezogen sind. Aller Not zum Trotz haben die besetzten Gebiete treulich ausgeharrt und sie werden weiter hoffen auf die Erfüllung ihres und unseres heißen Herzenswunsches auf die endliche Befreiung von der Last der Besetzung.

Die Sudetendeutsche Auslandsgemeinschaft an die Heimat.

Am 24. September d. J. wurde zu Regensburg die „Sudetendeutsche Auslandsgemeinschaft“ gegründet, der die Landesverbände der Sudetendeutschen in Deutschland, Bayern, Sachsen, Schlesien, Westfalen, Brandenburg und Rheinland-Westfalen angehören. Die Auslandsgemeinschaft erläßt nunmehr folgenden, in diesem Zeitpunkt bedeutungsvollen Aufruf an das sudetendeutsche Volk in der Tschechoslowakei:

Im dem Augenblicke, da sich in der auch uns Sudetendeutschen aus der Geschichte unserer Heimat lehren Reichstadt Regensburg die sämtlichen sudetendeutschen Auslandsverbände, welche berechtigt sind, im Namen der drei Viertel Millionen Auslands-sudetendeutschen die Sache der Heimat außerhalb ihrer Grenzen zu vertreten, zur Sudetendeutschen Auslandsgemeinschaft zusammengeschlossen haben, richtet sich unser Wort vertrauensvoll und eindringlich an alle unser Brüder und Schwestern in der Heimat, ohne Ansehen weissen Standes oder welcher politischen Partei sie auch sein mögen.

Die Auffassung der ursprünglich einheitlichen politischen Weltfront des Sudetendeutschums in der Heimat gegen den Gewaltakt ihrer zwangsweisen Eingliederung in den tschechischen Staat hat dort ein Chaos einander widerstrebender Meinungen und Parteilagen hinterlassen. Dieser Kampf, vielmehr auf das Persönliche auszuweichen, hat im In- und Ausland Verwirrungen und Wirkungen erzielt, welche allen Ernstes darnach ansetzen sind, das große, nie stillebenende Kino um die endgültige Bestimmung des Schicksals der Sudetendeutschen in der Zukunft in sehr schädlichem Sinne zu beeinflussen. Sie sind angelegt, in der Heimat das deutsche Bewußtsein und den Willen zur Freiheit zu trüben, wenn nicht zu untergraben und im Ausland den Anschein zu erwecken, als hätte das Sudetendeutschum darauf verzichtet, sich als Teil des großen deutschen Gesamtvolkes zu fühlen und sein Schicksal mit diesem auf Geheiß und Verberd zu verbinden, als läge es vor, um augenblicklicher materieller Vorteile willen, eine unmoralische Verbindung mit dem tschechischen Fremdvolk einzugehen, bis nun seine Mission in ausserbrochener Feindseligkeit dem Gesamtdeutschum gegenüber steht.

Die Auslandsgemeinschaft, welche Sudetendeutsche aller Parteien umschließt, lehnt, getreu ihrer Losung „Unsere Partei ist die Heimat“, jede Stellungnahme zu den Handlungen von politischen Parteien oder Parteiführern in der Heimat, wie eine solche etwa von einem parteipolitischen Standpunkte aus nachzusehen könnte, ausdrücklich ab; sie beurteilt die Vorgänge in der Heimat ausschließlich von dem Standpunkte der archaischen Feste des Sudetendeutschums im Rahmen der gesamtdeutschen Entwicklung, ohne der jeweiligen allgemeinen politischen, namentlich weltpolitischen Lage zu verfallen.

Das vornehmste Ziel alles Streben der Sudetendeutschen bleibt unabänderlich das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht, das als ein ursprüngliches, naturgegebenes, ja göttliches Recht in unserer Zeit erkannt und verkündet, auch dem deutschen Volke nicht auf die Dauer vorenthalten werden kann, wenn Frieden und Fortschritt der Menschheit gesichert sein sollen, weil dieses Recht am Grunde aller irdischen Kräfte ruht, welche in ihren Auswirkungen die geschichtliche Entwicklung der Völker dieser Erde bestimmen. Es liegt im Wesen dieses Rechtes beschlossen, daß es keine wie immer geartete Ausbeutung oder Umbiegung für Augenblickszwecke oder solche der Tagespolitik vertritt.

Unter nochmaliger ausdrücklicher Betonung dieses Selbstbestimmungsrechtes als des überragenden obersten Rechtes, vor dessen Erreichung die Sudetendeutsche Bewegung niemals an Erde kommen darf und wird, stellt die Auslandsgemeinschaft fest, daß das tschechische Staatsvolk bzw. seine verantwortlichen Führer, den Sudetendeutschen bis heute auch jene sonst selbstverständlichen Rechte vorenthalten hat, welche ihnen bei Abschluß der jetzt geltenden Friedensverträge von den diese Verträge bestimmenden alliierten und assoziierten Mächten und darüber hinaus auch von den Tschechen selbst, wiederholt, ausdrücklich, öffentlich und in aller Form versprochen, bewahrt und sichergestellt wurden, als da sind vor allem kulturelle, politische und wirtschaftliche Selbstverwaltung und freie Entwicklung im Rahmen des tschechischen Staates selbst.

Diese somit zugesicherten Rechte, unbeschadet des Randes um das volle Selbstbestimmungsrecht, durchzusetzen, muß das selbstverständliche, in der neu-weltlichen allgemeinen politischen Lage begründete Ziel des gesamtdeutschen Sudetendeutschums im In- und Auslande sein.

Es liegt in diesem selbstverständlichen Ziele begründet, daß dem Sudetendeutschum die ungeschwächte Hilfe tausendjähriger kulturellen und wirtschaftlichen Bestrebungen und Zusammenhänge mit dem übrigen Deutschland auch außerhalb der Grenzen des tschechischen Staates gewährleistet sein muß.

Ein Staat, dessen Staatsvolk selbst seinen kulturellen und materiellen Wohlstand nahezu ausschließlich seinen Beziehungen zum deutschen Volke verdankt, bestrebt sich das mit seinen beiden Millionen im Raume der sieben Millionen Deutschen in jeder Hinsicht immer an diese Grundbestimmung